

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Abnahme 1.80 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark. Auswärts, Postzusatz 1.00 Mark. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitungsverzeichnis unter verlangte eingetragene Manuskripte nicht für die Redaktion übernehmen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1148, des Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Abnahme 1.80 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark. Auswärts, Postzusatz 1.00 Mark. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitungsverzeichnis unter verlangte eingetragene Manuskripte nicht für die Redaktion übernehmen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1148, des Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 285.

Halle, Sonnabend, den 21. Juni.

1919.

Erhaltung des Mehrheitsblocks?

Ein polnischer Angriff auf Neuhalde bei Bromberg erfolgreich zurückgeschlagen.

Kombinationen über die Kabinettsbildung

WTB. Weimar, 20. Juni. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt: Ueber die Neubildung des Kabinetts ist bis zur Stunde noch nichts Bestimmtes sagen. Als neuer Ministerpräsident wird der Mehrheitssozialist Hermann Müller mit Graf Bernstorff als Minister des Äußeren genannt. Es wird damit gerechnet, daß Rostke mit Wiskemann und Gieseler in das zu bildende Kabinet eintreten werden. Als stellvertretend gilt der Ritteritz-Schreibemann, der dem Reichspräsidenten mit Graf Brodowski-Rangien, ferner Gieseler und Gausberg. Bestimmt wird damit gerechnet, daß der Ritteritz des Kabinetts die Annahme der Friedensbedingungen zur Folge haben wird.

Die weiteren Verhandlungen in Weimar

WTB. Weimar, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Auch am Nachmittage sind die Fraktionen zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, besteht nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen Aussicht auf Erhaltung des bisherigen Mehrheitsblocks. Im Schlosse finden in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert Verhandlungen statt, die die Neubildung des Kabinetts zum Gegenstande haben. Die für heute nachmittags angelegte Sitzung des Friedensausschusses ist vorläufig bis auf weiteres verschoben worden. Derselbe ist über den Zusammentritt der Volkspartei noch nichts beschlossen worden.

Wie es zum Rücktritt kam.

WTB. Weimar, 20. Juni. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, erfolgte der Rücktritt des Kabinetts in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, der zusammen mit dem Kabinet bis in die frühen Morgenstunden tagte. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, die Mehrheitsparteien auf eine für alle annehmbare Formel zu vereinigen. Unmittelbar nach der Sitzung fanden unverbindliche Besprechungen über die neue Kabinettsbildung statt. Wie verlautet, wurde schon in diesen Besprechungen, an denen der Reichspräsident teilnahm, die Frage dahin gelöst, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zuzuschließen ist. Im Hinblick auf die unverbindlichen Besprechungen, die schon in der Nacht zwischen den Parteiführern gepflogen wurden, ist der Sozialist Hermann Müller damit beschäftigt, ein Kabinettsaufgebot zu bringen. Es wird davon gesprochen, daß der Müller von anderer Seite wird der bisherige Reichsminister Dr. David als Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten genannt.

Ein Aufruf der Rechten.

WTB. Weimar, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Die Fraktionen der deutschnationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei haben folgende Erklärung erlassen: In der Stunde der höchsten nationalen Gefahren haben die Angehörigen der Regierung lebenden bürgerlichen Fraktionen, die deutschnationale und die deutsche Volkspartei, beschließen, nachfolgendes gemeinsam zu betreiben: Die Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvertrages haben wir uns mit voller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einstimmigen Überzeugung, daß die trotz ihrer Schwere unersetzlich geringere Gefahr nicht darin besteht, die dauernde Fortsetzung Deutschlands, wie wir sonst annehmen. Die Annahme dieses Friedensvertrages bedeutet eine nationale Schmach. Wir erklären deshalb nach unserer tiefsten Überzeugung, daß die Fortsetzung des Krieges die einzige Möglichkeit ist, die wir als Nationen zu haben. Wir leben vor der Wahl, die unangehörigen Vätern von Deutschlands Schicksal durch unsere Unterzeichnung zu betätigen oder Deutschlands Ehre zu wahren, die jedoch durch die Fortsetzung in der einstimmigen Überzeugung von deutschen Vätern und andern deutschen Vätern zu einem lebendigen Geiste zu helfen. Um unserer ersten Brüder und um der Zukunft Deutschlands willen sind wir entschlossen, unerbittlich Gut bis zum äußersten zu wahren: Deutschlands einen Namen vor der Welt. Darum leben wir diesen Friedensvertrage ab. Die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei. v. Hofmannsdorf. Die Fraktion der deutschen Volkspartei. Dr. Reinke.

Die feindseligen Vorbereitungen.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die militärischen Vorbereitungen unserer Gegner im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages wird folgendes berichtet: Die Bemerkungen der Reichsminister sind getreu übernommen. Die Truppen werden nach dem Süden der Rhein- und Mittelrhein-Regionen, das heißt dem ersten Einrückens des deutschen Heeres überlassen. Diese neuen Maßnahmen sind allen ihren Feinden und Widersachern schon im deut-

Eine polnische Niederlage bei Bromberg

WTB. Berlin, 20. Juni. (Drahtnachricht.) In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. griffen starke polnische Kräfte mit Panzerkraftwagen die in vorderster Linie liegenden zwei Kompanien des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons Bromberg bei Neuhalde an. Der Angriff wurde durch die waghamen Verteidiger unter großen Verlusten der Polen an Toten und Verwundeten restlos abge schlagen. Beute und Gefangene fielen in unsere Hand. Die Verluste der tapferen Eisenbahner, die die deutsche Stadt Bromberg zum zweiten Mal vor einem polnischen Angriff bewahrt haben, betragen 6 Verwundete und 3 Tote.

Verschleppung von Deutschen durch die Polen.

WTB. Weimar, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Die Polen haben gegen in Kreis Weimar bis auf 20 Kilometer südlich der Demarkationslinie alle deutschen Männer über 17 Jahre interniert und weggeführt.

Verhaftete polnische Redakteure.

WTB. Königsberg, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Die „Dz. R.“, ein in Königsberg erscheinendes Blatt, ist geschlossen worden. Die Redakteure der „Dz. R.“, die in Königsberg leben, sind verhaftet worden. Die Redakteure der „Dz. R.“, die in Königsberg leben, sind verhaftet worden. Die Redakteure der „Dz. R.“, die in Königsberg leben, sind verhaftet worden.

Ein litauischer Hezappostel verhaftet.

WTB. Tilsit, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Die „Tilsiter Zeitung“ meldet: Am Donnerstag vormittag ist Dr. Gaigalat, der bekannte litauische Hezappostel, als er von einer Reise aus Kovno zurückkehrte, in Eydys verhaftet und von der Staatsanwaltschaft in Insterburg angeführt worden.

Der Eisenbahnerstreik.

WTB. Berlin, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk Eisen hat sich heute noch verschlimmert. Der Zugverkehr nach Gotha, Meiningen, Jena und Gera ist nicht möglich. Dort streiken die Eisenbahnbedienten und Arbeiter. Der Verkehr in der Richtung nach Berlin über Weimar ist vorläufig nicht abgebrochen. Seit heute vormittags 10 Uhr streiken auch die Arbeiter der Eisenbahnbauunternehmungen. Die Arbeiter verlangen u. a., daß der Arbeitsvertrag im Sinne der bekannten Gewerkschaftsforderungen besetzt wird. Die Hauptforderung der Gewerkschaften ist, daß der für heute nachmittags geplanten Verhandlung wird sein, daß der Verkehr sofort überaus aufgenommen wird.

Fortdauer des Eisenbahnerstreiks in Weimar.

WTB. Weimar, 20. Juni. (Drahtnachricht.) Der Ausstand der hiesigen Eisenbahner dauert an, wiekt jedoch lediglich aus die von Weimar ausgehenden Lokalbahnen. Mit einer baldigen Beilegung wird gerechnet.

Fortsetzung des Eisenbahnerstreiks in Jena.

Jena, 20. Juni. In einer heute abendigen Verkündung der ausländischen Eisenbahnbedienten und Eisenbahnarbeiter wurde die Fortsetzung des Streikes beschlossen. Die Bewegung der Eisenbahner Jena droht auf die hiesigen Privatgrößbetriebe überzuspringen.

Die Alliierten fordern die Räumung Lettlands und Litauens.

WTB. Berlin, 20. Juni. Amtlich. General Rubant, der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission, hat am 19. Juni folgende Note an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa gerichtet: Der Marschall, Höchstemkommandierender der alliierten Armeen, telegraphisch wie folgt unterm 12. Juni:

„Wollen Sie nachfolgende Mitteilung dringend zur Kenntnis der deutschen Waffenstillstandskommission bringen: Die alliierten und assoziierten Regierungen erkläre die deutsche Regierung, in der kürzlichen Zeit der nötigen Anordnungen zu treffen, um 1. jeden neuen, in Germanisch deutscher Truppen nach Norden in der Richtung auf Estland zu verhindern, 2. die sofortige Räumung Winbau und Abens und die möglichst schnelle Räumung aller Gebiete, die vor dem Krieg Teile des russischen Reiches waren, gemäß den Bestimmungen des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages.“

Die große Katastrophe.

Die Haltung der unabhängigen Sozialdemokratie.

Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“ sprach in einer Drahtung, die er gestern nachmittags dem Weimar seinem Blatte sandte, von einer moralischen Katastrophe, in die wir durch den bekundeten Willen zur Unterzeichnung des Schandfriedens hinein gekommen sind. Leider ist es mehr wie eine moralische Katastrophe. Wenn wir dem Gutachten von 200 ausserleinen ersten deutschen Sachverständigen der verschiedenen Gebiete, dessen wesentliche Züge wir im Anfschl auf diese Zeilen folgen lassen, folgen, dann müssen wir uns sagen: Es ist die allgemeine Katastrophe, in die wir jetzt hineinkommen. Wollte man selbst annehmen, daß der Vertrag dieser 200 Sachverständigen optimistisch ist, dann bleibt immer noch so viel übrig, daß die Unterzeichnung des Vertrages im höchsten Maße bedenklich erscheinen muß. Und so erscheint uns die provisorische, oberflächliche Art der Probeabstimmung tief bedenklich. Wollte man dieser Abstimmung innerhalb der einzelnen Fraktionen derart entscheidende Bedeutung beilegen, dann hätten alle Abgeordneten rechtzeitig zur Stelle sein müssen. Nur ein Beispiel: Von der Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie fehlten nicht weniger als 51 Abgeordnete. Von den anwesenden Abgeordneten stimmten 75 für Annahme und 39 dagegen. Die Donnerstag-Abstimmung kann also keinen Anspruch darauf erheben, ein getreues Spiegelbild der Ansichten der deutschen Volkspartei zu bieten. Wir wissen zur Stunde auch noch nicht, was die Abgeordneten vor der Abstimmung der Bericht beibringen werden, den die erwähnten 200 Sachverständigen erarbeitet haben. Sie stellen die Folgen einer Ablehnung und einer Annahme des Friedensvertrages gegenüber und kamen zu dem Entschluß, daß wir unter den schändlichen Bedingungen der Entente mehr zu leiden haben werden, wenn wir sie unterjochend zulassen, als wir unter der Ablehnung gelitten haben würden. Die Freunde der Annahme des Schandfriedens haben immer auf drei Punkte besonders verwiesen: 1. Auf den erhöhten Mangel an Lebensmitteln infolge einer etwaigen neuen Blockade; 2. auf die steigende Kohlenknappheit infolge des Vorrückens der Entente und 3. auf den Zerfall Deutschlands infolge Befehung des Südens. Darauf wird von den Sachverständigen geantwortet: Deutschland würde geratene Zeit trotz eventueller Blockade zu ernähren gewesen sein. Bei äußerster Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und größtmöglicher Ausnutzung der Braunkohlen hätten Wasser, Gas, Elektrizitätswerte, Rohstoffe „etliche Zeit“ trotz Befehung der weltlichen Kohlengebiete in Betrieb gehalten werden können. Ein Abfall des Südens ist nach Lage der Dinge gleichfalls nicht denkbar. Auf der andern Seite stehen die schwereren Folgen, die die Unterzeichnung des Vertrages in jeder Beziehung mit sich bringen muß und wozu der Sachverständigen-Bericht in einem Satz knapp und treffend sagt: „Das deutsche Volk wird demütigt und draußen in körperlicher und geistiger Schuldverschuldung für das fremde Privatkapital arbeiten.“ In einem Telegramm, das Hamburger Redner nach Weimar sandten, heißt es u. a.: „Die Antwortnote unserer Gegner bedeutet die völlige Vernichtung jeder Anteilnahme des deutschen Volkes am Weltverkehr und macht das deutsche Volk auf Jahrzehnte tributpflichtig. Und bekommen wir durch die Unterzeichnung des Vertrages den Frieden? Nein! Der Osten wird sich nicht unterwerfen! Es wird auf alle Maßnahmen einer Regierung, die den Vertrag unterzeichnet, pfeifen, sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen und der polnischen Ungehorsamkeit bewaffneten Widerstand leisten. Mögen wir in den übrigen Teilen Deutschlands noch so friedfertig sein, durch einen Krieg im Osten werden wir doch in schwerster Weise in Mitleidenschaft gezogen werden! Wertvollig ist der Osten, werden wir kaum Anteil haben an der flüssigen Getreide- und Kartoffelernte dieses Sommers!“

Die Unabhängigen erleben mit der Annahme des schändlichen Ententefriedens so etwas wie einen Triumph. Das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“ macht aus der Freude darüber keinen Hehl und betont, wie wir das in unserer gestrigen Nachmittags-Ausgabe gleichfalls sahen, daß das neue Kabinet nur von kurzer Lebensdauer sein dürfte. Die Unabhängigen sehen ihren Weigen blühen und glauben, daß sie zum Enten kommen, wenn das neu zu bildende Koalitionskabinet keine Aufgabe — Unterzeichnung des Vertrages — erfüllt hat. Wenn es noch fernhalten und Logik bei den Unabhängigen gäbe, müßten sie sich sagen: Jetzt wird unsere Forderung auf Unterzeichnung des Vertrages erfüllt, es gilt nunmehr mit aller Kraft dafür zu

